№ 53. — 6. Jahrgang.

Abonnementspreis:
Der unparteiische — jeden Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Versendung gelangende — Landes-Anzeiger mit Beiblättern kostet monatlich 60 Pfg. bei den Ausgabestellen in Chemnitz und den Vororten, sowie bei der Post. (Eingetragen unter Nr. 4633.) Im 4. Quartal erscheint für Abonnenten Jahresdruck (Weihnachtsbeigabe) d. Anzeigers.

Verlag: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz.

Sächsischer

Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger".

Freitag, 5. März 1886.

Insertionspreis:
Raum einer schmalen Korpuszeile 15 Pfg.; — Reklame (1spaltige Petitzeile) 30 Pfg. — Bei Wiederholung großer Annoncen Rabatt. Bei Bestellungen von Auswärts wolle man Insertionsbetrag (in Briefmarken) beifügen (10 Silben Korpusschrift bilden ca. 1 Zeile). Annoncenannahme: nur bis Vormittag.

Expedition und Redaktion: Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegramm-Adr.: Wiede's Anzeiger, Chemnitz.
Fernsprechstelle Nr. 136.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt" und humoristisch illustrirtes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch".

Telegraphische Nachrichten.

Vom 3. März.

Berlin. Der „Post" zufolge äußerte Bismarck, als bei dem gestrigen parlamentarischen Diner die Währungsfrage zur Sprache kam, ein Privatmann oder Abgeordneter könne sich leicht betheiligen an den Agitationen für Bestrebungen, welche unser ganzes wirthschaftliches Leben doch in eine recht schwierige Lage bringen könnten. Er in seiner verantwortlichen Stellung müsse vorsichtiger sein. Die Nachtheile, welche die Doppelwährung dem deutschen internationalen Verkehr zufügen müsse, solange namentlich England nicht daran denke, sich an einem internationalen Doppelwährungsvertrag zu betheiligen, seien sicher, dagegen könne er sich nicht überzeugen, daß die Vortheile, die sich die Anhänger der Doppelwährung davon versprächen, wirklich eintreten würden.

Lübeck. Die Travemünder Bucht ist infolge der durch den Sturm erzeugten Anstauungen auf Meilen weit ein einziges Eisgebirge, auf dessen Gipfeln Schiffe feststehen. Es droht die Gefahr, daß einzelne dieser Schiffe verloren gehen. Das Ganze bietet ein schaurig-schönes Schauspiel. Man glaubt sich an den Nordpol versetzt. Die Schifffahrt stockt.

Paris. Der für das Jahr 1889 geplanten Pariser Weltausstellung erstehen neue Schwierigkeiten. Da der in seiner Majorität aus Communisten bestehende Pariser Gemeinderath sich allzu sehr in die Ausstellungs-Angelegenheit mischt, so scheinen die Financiers, welche das Garantie-Kapital hergeben sollen, stutzig geworden zu sein. Die Einbringung des betreffenden Gesetzesvorschlages hat sich infolgedessen verzögert.

Brüssel. Das belgische Amtsblatt publizirt eine neue Telegraphen-Convention zwischen Deutschland und Belgien, wonach das Wort künftig, unter Hinwegfall der bisherigen Grundtaxe von 50 Centimes, 12½ Centimes kosten soll. Die Convention tritt am 1. Juli in Kraft.

Zum Bau neuer Bahnen in Sachsen.

Die anerkannt günstige Finanzlage des sächsischen Staates, sowie vielfach vermeintliches Bedürfniß, haben wie nie zuvor eine unsägliche Anzahl von Wünschen für Erbauung von Eisenbahnen ꝛc. beim gegenwärtigen sächsischen Landtage gezeitigt. Nicht weniger als 74 Petitionen verwenden sich für den recht baldigen Bau von insgesammt 37 Bahnen, während anderweite 26 Petitionen um Anlage von 20 neuen Haltestellen, beziehentlich Einrichtung von Güterstationen an den bereits im Betriebe befindlichen Staatsbahnen bitten.

Beruhte es seit einer Reihe von Jahren im Allgemeinen auf einem zwischen Regierung und Ständen bestehenden Einvernehmen, den Ausbau von etwas über 100 Kilometer in der Finanzperiode zu bewerkstelligen, so glaubte die Landtagsdeputation, welche diese Petitionen zu berathen hatte, dießmal einen Schritt weiter gehen zu sollen. Und zwar waren ihr für diese Entschließung maßgebend beachtenswerthe Momente aus der allgemeinen Vorberathung über die große Anzahl der berechtigten eingegangenen Petitionen und die günstige Vermögenslage des Staates. Sie mußte sich weiter von der Erwägung leiten lassen, daß, da über die Hälfte der zum Bau in nächster Finanzperiode vorzuschlagenden Linien schmalspurig zu erbauen sein dürfte, die Herstellung der in Aussicht genommenen Linien nicht nur billiger zu bewerkstelligen sein, sondern auch einen geringeren Aufwand der technischen Kräfte erheischen würde als der Ausbau von Vollbahnen. Weiter bestimmend war für die Deputation der volkswirthschaftliche Werth der zur Erwägung empfohlenen Linien, sowie das Interesse, welches der Staat selbst an der Herstellung mehrerer derselben hat.

Die Gesammtlänge der gewünschten Eisenbahnen beträgt rund 800 Kilometer. Es würden sonach bei Beibehaltung der zeitherigen Gepflogenheit 16 Jahre vergehen, ehe alle Wünsche Befriedigung gefunden, der inzwischen jedenfalls neu auftauchenden Projecte nicht zu gedenken.

Neben den zahlreichen Petitionen, welche auf Grund der „günstigen Finanzlage" eingegangen sind, befinden sich eine Anzahl solcher aus sächsischen Landestheilen, welche seit vielen Jahren schmerzlich auf die Erfüllung ihrer Wünsche warten, weil der Erfolg ihrer Erwerbsthätigkeit und die Möglichkeit ihrer Concurrenzfähigkeit gerade abhängt von der Erleichterung ihres Verkehrs. Wenn nun die Deputation im Einverständniß mit der sächsischen Staatsregierung darauf kam, mehrere Bahnen in einer Gesammtlänge von circa 200 Kilometern zum baldigen Bau zu empfehlen, scheint hiermit der Beweis erbracht, daß in verschiedenen Landestheilen, dem Bedürfniß entsprechend, eine Verkehrserleichterung nicht nur dringend erwünscht, sondern geboten erscheint.

Im vorgedachten Interesse konnte die Deputation nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß eine Abweichung von dem bislang beliebten Ausbau von circa 100 Kilometer in der Finanzperiode, mit Rücksichtnahme auf die Erhaltung der Erwerbsfähigkeit einzelner Gegenden, als durchaus gerechtfertigt anerkannt werden muß.

Man hatte zunächst in's Auge zu fassen, daß Petitionen zur Berücksichtigung um deswillen nicht empfohlen werden können, weil zur Zeit die betreffenden technischen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Es gilt dies namentlich in Bezug auf die zunächst in Frage kommenden Linien: Berthelsdorf-Eppendorf, Wilthen-Cunnewalde-Löbau, Müglitzthalbahn und Bautzen-Kamenz.

Die Deputation empfiehlt demnach bei diesen Linien Erwägungsantrag zu stellen, ingleichen für die Linien: Limbach-Wüstenbrand, Waldheim-Hartha-Geringswalde-Rochlitz, Wolkenstein-Jöhstadt (Preßnitzthalbahn), Saupersdorf-Schönheide und Falkenstein beziehentlich Hammerbrücke.

Von diesen neun über 200 Kilometer repräsentirenden Linien dürften voraussichtlich, wie schon erwähnt, über 100 Kilometer schmalspurig erbaut werden und zwar die Linien: Müglitzthalbahn, Waldheim-Hartha-Geringswalde-Rochlitz, Preßnitzthalbahn, Saupersdorf-Schönheide. Eine größere Dringlichkeit als den zur Erwägung in Vorschlag gebrachten Bahnen Limbach-Wüstenbrand und Saupersdorf-Schönheide erkannte die Staatsregierung den Linien Oschatz-Strehla und Bienenmühle-Sayda-Olbernhau-Rübenau-Kalisch zu.

Wir werden gelegentlich auf den Bau einzelner der genannten Linien zurückkommen.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 4. März.

Deutsches Reich. Gegen das Branntweinmonopol sind 4529 Petitionen vom 28. Januar bis 28. Februar dem Reichstage eingesandt worden.

— Die Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen Deutschland und der Türkei sollen demnächst beginnen.

— Die Frage der Wiedereinführung der Berufung gegen Strafkammerurtheile schwebt im Reichstage immer noch und es ist auch leider wenig Aussicht vorhanden, daß in dieser Session ein practisches Resultat erzielt wird. Namentlich die süddeutschen Regierungen sind gegen die Wiedereinführung der Berufung. Warum? Weil sie dieselbe für unnöthig halten, weil kein Bedürfniß dafür vorliege. Eine Forderung, welche der Gerechtigkeit dient, ist aber niemals unnöthig, und das Bedürfniß dafür ist in einer Gegend des Reiches vielleicht weniger, in einer anderen aber um so mehr vorhanden. Dafür liegen Belege genug vor. Wenn die Berufung überhaupt unnöthig wäre, so hätte man sie ja auch bei den Schöffengerichten nicht zuzulassen brauchen. Bei den Sachen, welche die Schöffengerichte zu behandeln haben, spricht ein Collegium von drei Personen ebenso richtig Recht, wie bei den Strafkammern ein solches von fünf Personen in schwereren Fällen.

— Bei dem Prohl'schen Landesverrath soll es sich, wie wir in auswärtigen Blättern lesen, namentlich um einen Verrath von Flaggensignalen der kaiserlichen Marine, von Minenlegungen in unserm Reichskriegshafen Kiel und um den Verrath des Landesbefestigungsplans ꝛc. handeln. In wie weit Prohl die Hand hierbei im Spiele und welche Mitschuldige er gehabt hat — daß er solche haben muß, steht fest, sonst wäre ihm das erforderliche Material nicht zugängig gewesen — werden voraussichtlich die noch rege fortgesetzten Untersuchungen ergeben. Wie wir erfahren, ist Polizeidirector Krüger aus Berlin, der die Verhaftung persönlich vornahm und überhaupt die Bearbeitung der verwickelten Sache leitet, vorläufig nach der Reichshauptstadt zurückgekehrt.

Italien. Der heilige Vater kann sich in die Annection von Rom durch Italien durchaus nicht finden und nimmt jede Gelegenheit wahr, um dagegen zu protestiren. Anläßlich des Jahrestages seiner Thronbesteigung hielt Leo XIII. eine Ansprache an die Cardinäle, in welcher er alle Katholiken zur Einigkeit ermahnte, gegen die wider den heiligen Stuhl vorgebrachten Verdächtigungen protestirte und lebhaft das Aufhören der weltlichen Herrschaft des Papstthums beklagte. — Der Wiedergewinn Roms für das Papstthum ist ohne einen erbitterten inneren Krieg in Italien unmöglich.

England. Ueber die zu Beginn dieser Woche stattgehabten Ausschreitungen in Manchester wird des Näheren berichtet: An der von den Sozialisten einberufenen Massenversammlung nahmen 10,000 Personen theil. Die Redner, welche die Menge von den Stufen eines Springbrunnens ansprachen, wurden ausgezischt und zwei derselben ins Wasser geworfen. Die polizeilichen Anordnungen waren vortrefflich und die Volksmenge zerstreute sich ohne weitere Ruhestörung. Nachmittags versammelte sich jedoch auf demselben Platze eine große Volksmenge, größtentheils aus niederem Gesindel bestehend, welche anfing, Fenster einzuwerfen und andere Ausschreitungen zu verüben, schließlich auch mit der Polizei handgemein wurde und einen Springbrunnen theilweise zerstörte. Die Polizei stellte schließlich die Ordnung wieder her. — Der Vicekönig von Indien, Lord Dufferin, hat in der letzten Zeit dem eroberten Königreich Birmah, wo indessen noch keineswegs aller Widerstand beseitigt ist, einen Besuch abgestattet und namentlich in der Hauptstadt Mandalay sich einige Tage aufgehalten. Er hat Alles aufgeboten, um namentlich die Priester für die englische Herrschaft zu gewinnen und sie öffentlich mit großer Auszeichnung behandelt. Der Streit mit China, das noch einen Theil von Birmah beansprucht, soll dadurch geschlichtet werden, daß den Chinesen das Gebiet der östlich von Birmah wohnenden Shan-Stämme überlassen wird.

Spanien. Der Herzog von Sevilla ist wegen seines Vorgehens gegen die Regentin von Spanien bekanntlich zu 8 Jahren Gefängniß und zur Degradation verurtheilt. Bei der Urtheilsverkündung gab es eine dramatische Scene. Der Herzog verfluchte seine Richter und die Dynastie. Gendarmen mußten ihn mit Gewalt fortbringen. An eine Begnadigung ist für jetzt nicht zu denken.

Orient. Der Friede zwischen Serbien und Bulgarien ist nach mehrwöchentlichen Verhandlungen in Bukarest gestern abgeschlossen worden. Zu verhandeln war eigentlich nicht viel, denn der ganze Friedensvertrag besagt nur, daß der Friede zwischen Serbien und Bulgarien wiederhergestellt worden ist. Die Türkei forderte auch die „Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen," aber da Serbien von diesem Wortlaut nichts wissen wollte, so wurde die vorstehend erwähnte Fassung gewählt. Keiner von beiden Staaten erhält etwas von dem Andern oder giebt etwas an den Anderen, und die Beilegung der kleinen Streitigkeiten bleibt besonderen Besprechungen vorbehalten. Es hat lange gedauert, bis sich König Milan von Serbien zur Annahme dieses Friedensvertrages entschlossen hat, der seine schönen Träume, sein Land auf Kosten Bulgariens zu vergrößern, definitiv zerstört hat, und nur der Zwang hat ihn dazu vermocht; die Türkei hatte gedroht, im Falle des Wiederbeginnes des Krieges ihre Truppen den Bulgaren zur Hülfe zu schicken. Da gab denn Herr Milan zähneknirschend nach, und so ist denn dies Zwischenspiel auf der Balkanhalbinsel zu Ende.

Amerika. Dem Kongreß der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist eine Botschaft des Präsidenten Cleveland zugegangen mit der zwischen der Unions-Regierung und dem chinesischen Gesandten anläßlich der jüngsten Ausschreitungen gegen Chinesen gewechselten Correspondenz. Der chinesische Gesandte hat eine Geldentschädigung gefordert und sich darauf berufen, daß die chinesische Regierung bei früheren ähnlichen Anlässen in ihrem Lande den Amerikanern gegenüber entsprechend verfahren wäre; es sei deshalb die gleiche Verpflichtung auch von der amerikanischen Regierung zu fordern. Präsident Cleveland erklärt es für nothwendig, das Vorhandensein einer Verantwortlichkeit für die stattgehabten Ausschreitungen auf Seiten der Vereinigten Staaten entschieden abzulehnen, stellt aber die Angelegenheit der Erwägung des Congresses anheim. Aehnliche Conflikte wird es für Amerika noch öfter geben, die Chinesenhetzen fangen an, zum Sport zu werden.

Aus dem Reichstag.

—nn. Berlin, den 3. März.

Am Mittwoch wurden die Sitzungen wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung standen zunächst Petitionen, welche die Kommission zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet. Abg. Kayser (Soz.) nennt diese Behandlung eine Massenabschlachtung, die das Petitionsrecht des Volkes verletze. Er findet aber in dieser Auffassung allgemeinen Widerspruch, es wird ihm auch vorgehalten, daß er gerade der sei, welcher in der Petitionskommission am häufigsten fehle. Nach wiederholtem Drängen nennt er endlich zwei Petitionen, und diese sollen später im Plenum berathen werden. Der Nachtragsetat (Ankauf eines Grundstücks für das Patentamt in Berlin, Ausbau des Auswärtigen Amtes, Errichtung eines 6 Civilsenates beim Reichsgericht) wird der Budgetkommission überwiesen. Die Vorlage betr. Ausprägung einer Nickelmünze zu 20 Pfg. wird in 1. und 2. Lesung angenommen. Die neue Münze soll etwa die Größe eines Zwanzigmarkstückes haben mit erhöhtem Rand und vertieftem Grund.

Sächsischer Landtag.

Die Erste Kammer trat gestern in anderweite Berathung über den Gesetzentwurf, die Befugniß der Polizeibehörden zum Erlasse von Aufenthaltsverboten gegenüber bestraften Personen betreffend, und beschloß hierbei, den Abänderungsvorschlägen der Zweiten Kammer zu §§ 1 und 2, welche im Wesentlichen formeller Natur sind, beizutreten, dagegen gegenüber den von der gegenseitigen Kammer vorgeschlagenen Abänderungen zu den, eine Ausnahme des Ausweisungsrechts mit Rücksicht auf den längeren Aufenthalt des Auszuweisenden in der betreffenden Gemeinde enthaltenden Bestimmungen des § 3 bei der Regierungsvorlage stehen zu bleiben; es findet über diesen Gesetzentwurf nunmehr das Vereinigungsverfahren statt. Es folgte die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, eine Abänderung der revidirten Landgemeindeordnung betreffend, durch welchen die bisherigen Erfordernisse für die Stimmberechtigung bei den Gemeinderathswahlen dasjenige des erfüllten 25jährigen Lebensalters und für Unansässige das Erforderniß mindestens 2jährigen wesentlichen Wohnsitzes in der Gemeinde hinzugefügt werden soll. Der Gesetzentwurf fand unveränderte Annahme.

Die Sitzung der Zweiten Kammer begann um 11 Uhr Vorm. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Regierungsvorlage, den Bau mehrerer Eisenbahnen betreffend. Nach kurzer Debatte beschließt die Kammer einstimmig, den Gegenstand der Finanzdeputation B zu überweisen. — Es folgt der Bericht über zwei Capitel des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1886—87, sowie den Neubau eines Curhauses und Kaffeesalons in Bad Elster. Die Kammer beschließt einstimmig dem Decret gemäß für den Neubau eines Curhauses und Kaffeesalons in Elster die Summe von 460 000 M. als Berechnungsgeld zu bewilligen und dadurch die Petition des Curvereins zu Elster für erledigt zu erklären. Zum „Dresdner Journal" und „Leipziger Zeitung" nimmt zunächst das Wort Abg. Kirbach als Referent der Minorität, welcher den Antrag der Deputationsminorität begründet, die Regierung zu ersuchen, auf eine Vereinigung des Dresdner Journals und der Leipziger Zeitung Bedacht zu nehmen, da diese Minorität (Abgg. Bönisch, Kirbach und Starke) nicht billigen könne, daß neben dem officiellen noch ein officiöses Organ bestehe, sowie, daß das Dresdner Journal als Unteretat der Leipziger Zeitung ausgeführt werde. Zum Letzteren liege doch gar keine Veranlassung vor. Das Dresdner Journal dürfe nicht ferner unter die Ueberschüsse, sondern in die Zuschüsse eingestellt werden. Betreffs des Dienstaufwandes des Commissars möchte er gern näheren Aufschluß haben, sonst würde er seine Zustimmung zu diesem Titel nicht geben. Abg. Günther: Was die finanzielle Seite betroffen, so glaube er nicht, daß die Vereinigung der beiden Organe vortheilhafte Ergebnisse bringen würde. Wenn man die Leipziger Zeitung von Leipzig fortnehme, sei ihr der Lebensfaden durchschnitten. (Zurufe: Das wollen wir.) Er würde das Eingehen der Leipziger Zeitung lebhaft bedauern. Von dem Dresdner Journal könne man weder Gutes noch Schlechtes sagen. Wenn die Regierung sage, sie brauche ein offizielles Blatt, so frage er, was nütze ein Blatt, das Niemand lese? Er wünsche, daß man das Dresdner Journal zukünftig reichhaltiger und frischer gestalten möchte. Abg. Uhlmann: Er freue sich auch des guten Standes der Leipziger Zeitung. Man solle sich nicht allzusehr an finanzielle Rücksichten kehren. Er würde beim Etat den Titel ändern in „Preßorgane." Betreffs des Dr. Journals mache er darauf aufmerksam, daß hier die Berichte über Kunst und Wissenschaft vorzügliche sein sollen. Er halte es nicht für angezeigt, den Antrag der Minorität anzunehmen. Abg. Starke: Wenn Abg. Günther gesagt hätte, die Haltung der Leipziger Zeitung verdiene alle Anerkennung, da käme es doch auf den Standpunkt an. Die Leipziger Zeitung dient auf Kosten des Landes der conservativen Partei und gefalle sich besonders in dem Angriffe auf die Fortschrittspartei. Vielleicht würde es erreicht, daß wir dann später nicht mehr in der Kammer sind, wir wären vielleicht ganz zufrieden, Sie werden sich jedoch dann vielleicht nach uns sehnen. Das Feuilleton des Journals sei ein sehr gutes. Der politische Theil allerdings gebe eine Uebersicht dessen, was man bereits gelesen habe, und sei Leuten zu empfehlen, welche an Schlaflosigkeit leiden. Er lese es gern nach aufregenden Kammer-Debatten. Neuerdings legten einige Artikel Zeugniß davon ab, daß die Sachlage jetzt besser sei. Jüngst habe ihn ein Artikel des Dresdner Journals über die studirende Jugend sehr interessirt, da in demselben das Gegentheil von dem gesagt sei, was der Minister hier gesagt habe. Jedoch glaube er nach Allem, daß die Opfer für das Journal nicht mit seinem Werthe im Einklang ständen. Abg. Heger findet, daß das Journal seit längerer Zeit ungemein gewonnen habe. Geh. Rath Häpe. Die Stellung eines rein amtlichen Blattes bringe viel Schwierigkeiten mit sich. Eine Schwierigkeit sei auch die offene Rechnungslegung der Zeitung, welche die Concurrenz gegen andere Zeitungen schwer mache. Das Blatt sei verhältnißmäßig gar nicht so wenig verbreitet. Das Journal werde auswärts vielfach als Quelle für Mittheilungen sächsischer Verhältnisse benutzt. In letzter Zeit sei eine recht erfreuliche Verbesserung zu constatiren. Es sei dies vor Kurzem auch in der „Post" anerkannt worden. Abg. Ackermann. Es werden in Sachsen verhältnißmäßig sehr wenig für die Regierungspresse verausgabt. Durch die freie Stellung habe die Leipziger Zeitung ihre Vortheile. Das würde nach Vereinigung mit dem Dr. Journal aufhören. Betreffs